

Germany-Friedrichshafen: Architectural and related services

OJ S 218/2019 12/11/2019

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landkreis Bodenseekreis

Town: Friedrichshafen

NUTS code: DE147 Bodenseekreis

Country: Germany

E-mail: bodenseekreis-strassenmeisterei@menoldbezler.de

Internet address(es):

Main address: <https://www.bodenseekreis.de/de/start/>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZD548/documents>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZD548>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Menold Bezler Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

Postal address: Rheinstahlstraße 3

Town: Stuttgart

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postal code: 70469

Country: Germany

Contact person: Dr. Alexander Dörr

E-mail: bodenseekreis-strassenmeisterei@menoldbezler.de

Internet address(es):

Main address: www.menoldbezler.de

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Landkreis Bodenseekreis – Vergabe von Generalplanungsleistungen für den Neubau der Straßenmeisterei in Markdorf

Reference number: 2019/2388

II.1.2. Main CPV code

71200000 Architectural and related services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sind die für die Errichtung einer neuen Straßenmeisterei mit den in einem Gebäude integrierten Funktionen Werkstatt, Lager, Fahrzeughalle und Verwaltung sowie einem separaten Streusalzlager in Markdorf erforderlichen Planungsleistungen.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71300000 Engineering services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE147 Bodenseekreis

II.2.4. Description of the procurement

Der Standort der Straßenmeisterei in Markdorf ist bereits heute aufgrund seiner geografischen Lage von zentraler Bedeutung für die Unterhaltung der Straßeninfrastruktur im Bodenseekreis. Diese steigt mit der Fertigstellung der B 31 neu Ortsumgehung Friedrichshafen, die mit ihren umfangreichen Nebenanlagen und insbesondere mit den beiden 700 m langen Tunnelröhren künftig von der Straßenmeisterei Markdorf betrieben wird. Mit Blick auf das Planungsverfahren zur B 31 neu zwischen Meersburg und Immenstaad (auch hier wird es aller Voraussicht nach Tunnelanlagen geben) kommen weitere Aufgaben auf die Straßenmeisterei in Markdorf zu. Für den Landkreis ist es daher wichtig, den Standort der Straßenmeisterei Markdorf dauerhaft zu sichern. Dies auch vor dem Hintergrund immer knapper werdender Entwicklungsflächen im Bodenseekreis.

Die Funktionen der neuen Straßenmeisterei sollen in einem Baukörper mit innerer Erschließung zusammengefasst werden. Betriebsbedingt ist die Streusalzlagerhalle als eigenes Gebäude geplant.

Die Zufahrt soll vom bestehenden Kreisverkehrsplatz Oberfischbach erfolgen. Hierzu ist ein zusätzlicher Ast erforderlich. Zu- und Ausfahrt lassen sich aufgrund des geringen Durchmessers von nur 30 m nicht realisieren. Da eine Entzerrung der Verkehrsströme angestrebt wird, soll die Ausfahrt der Straßenmeisterei über die bestehende Einmündung der Oberfischbacher Straße in die K 7742 erfolgen.

Folgende Kriterien sind bei der Planung insbesondere zur berücksichtigen:

- Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung in der Planung,
- Einsatz nachwachsender Rohstoffe, Trennbarkeit der Materialien bei Rückbau des Gebäudes,
- Effizienter Umgang mit Ressourcen (Baustoffe, Wasser, Energie), geringe Ressourceninanspruchnahme,
- Energieversorgung mit erneuerbaren Energieträgern, Minimalprinzip bei der Umsetzung der gesamten Gebäudetechnik, einfache Bedienung,
- Recyclingfähige, gesundheits- und umweltverträgliche Baustoffe mit EU-Zertifizierung,

- Gesamtenergiebedarf (Betrachtung der Lebenszykluskosten incl. CO2-Bepreisung und Ökobilanzierung),
- Bilanzierung für die einzelnen Bauabschnitte und Baustoffe (im Innen und Außenbereich) wird bei der weiteren Planung erwartet.

Der Landkreis Bodenseekreis strebt eine eng aufeinander abgestimmte und integrierte Planung an, die insbesondere den Aspekt der Nachhaltigkeit umfassend berücksichtigt.

Der Bodenseekreis hat zudem eigene Klimaschutzziele, die im Rahmen der Planung berücksichtigt werden müssen. Ebenso soll das zukünftige Klimaschutzgesetz schon jetzt berücksichtigt werden.

Für das Vorhaben ist ein Gesamtbudget von ca. 12,9 Mio. EUR brutto (KG 200-700) vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund werden die Leistungen als Generalplanungsleistungen mit folgenden Planungsdisziplinen in den LPH 1 bis 9 ausgeschrieben:

- Objektplanung, Gebäude und Innenräume,
- Tragwerksplanung,
- Fachplanung Technische Ausrüstung,
- Freianlagenplanung.

Es ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt. Mit Vertragsschluss werden zunächst nur die Leistungen der LPH 1 und 2 beauftragt.

Leistungsphase 2 soll bis Herbst 2020 abgeschlossen sein. Die Inbetriebnahme der neuen Straßenmeisterei wird für 2024 angestrebt.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/03/2020 End: 31/12/2024

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Bewerberauswahl erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Zunächst wird (1) geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Anschließend wird (2) beurteilt, ob die Bewerber/Bewerbergemeinschaften nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheinen, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Schließlich wird (3) anhand der Referenzen (Mindestreferenzen und weitere Referenzen) beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll. In diesem Zusammenhang wird sowohl die Qualität inklusive Nachhaltigkeitsaspekte als auch die Aktualität der Referenzen berücksichtigt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11.

Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1) Vorbemerkung:

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorlegt wird. Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind für dieses Unternehmen die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123, 124 GWB vorzulegen.

Vorstehende Ausführungen gelten für die Nachweise nach III.1.2) und III.1.3) entsprechend.

2) Vorzulegende Nachweise, Erklärungen und Dokumente:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen in Bezug auf Ausschlussgründe einzureichen:

(1) Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe des § 123 GWB nicht vorliegen;

(2) Eigenerklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB;

(3) Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG);

3) Vorzulegende Nachweise der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

(1) Aktueller Auszug der Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

(1) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens und Umsatz mit Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind in den vergangenen 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren;

(2) Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. EUR 2 Mio. für Personen- und Sachschäden sowie 500 000 EUR für Vermögensschäden bzw. Eigenerklärung, dass im Auftragsfalle eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- (1) Erklärung über das jährliche Mittel der bei dem Unternehmen Beschäftigten und die Anzahl der Führungskräfte in den letzten 3 Geschäftsjahren (2016, 2017, 2018);
- (2) Nachweis von Erfahrungen bei Planungsleistungen für den Neubau vergleichbarer Gebäude in den letzten 10 abgeschlossenen Geschäftsjahren (Beginn der LPH 2 nicht vor dem 1.1.2009).

Die Erklärung über Referenzleistungen muss jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags,
- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI,
- Herstellkosten gemäß DIN 276 in EUR brutto,
- ggf. Aussagen zu Nachhaltigkeitsaspekten,
- Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild (je Projekt max. 2 DIN A4 Seiten in Form von Text, Fotos oder Skizzen).

Die Vorlage von mehr als 3 Referenzen ist nicht erwünscht.

Minimum level(s) of standards possibly required:

- Nachweis des federführenden Architekturbüros von mindestens einer Referenz für Planungsleistungen der Objektplanung Gebäude für den Neubau einer Straßenmeisterei, eines Bauhofs, eines Feuerwehrhauses oder eines Gebäudes mit vergleichbarem Funktionsumfang mit Herstellkosten von mindestens EUR 6 Mio. brutto in den Kostengruppen 300 und 400 gemäß DIN 276. Dabei müssen Kriterien des Nachhaltigen Bauens eingeflossen sein. Bei dem Referenzprojekt müssen mindestens die Leistungsphasen 2 bis 5 nach HOAI erbracht worden sein (Beginn LPH 2 nicht vor dem 1.1.2009).

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Für Bergwerksgemeinschaften gilt:

Es gibt keine Vorgabe hinsichtlich der Rechtsform. Erforderlich ist die Einreichung einer von allen Mitgliedern der Bergwerksgemeinschaft unterzeichneten Erklärung folgenden Inhalts:

- (1) plausible Darstellung der Aufgabenteilung innerhalb der Bergwerksgemeinschaft;
- (2) Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bergwerksgemeinschaft;
- (3) Erklärung, dass dieser Vertreter die Mitglieder der Bergwerksgemeinschaft während des gesamten Verfahrens rechtsverbindlich vertritt;
- (4) Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen;
- (5) Erklärung, dass alle Mitglieder der Bergwerksgemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4.

Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 09/12/2019 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Es wird darauf hingewiesen, dass das am 1.7.2013 in Kraft getretene Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Die Teilnahmeformulare sind unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse abrufbar. Ebenfalls dort abrufbar ist ein Bewerbermemorandum. In diesen Teilnahmeunterlagen sind wesentliche Teile der ausgeschriebenen Leistung sowie der Verfahrensvorgaben bereits dargestellt. Unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse werden auch Antworten auf Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags sowie vor Ablauf der Teilnahmefrist prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZD548

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany
Fax: +49 721926-3985
Internet address: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
 - 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
 - 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Postal address: Durlacher Allee 100
Town: Karlsruhe
Postal code: 76137
Country: Germany
Fax: +49 721926-3985
Internet address: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.5. Date of dispatch of this notice

10/11/2019